

# Wiesbadener Zeitung

## Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beste Wiesbadener Zeitung

Erscheint 1mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren ausw. Vertretungen monatl. 3.80 M., viertel. 11.40 M. Durch die Post monatl. 4.20 M., viertel. 12.50 M. ohne Bestellgeld. Das Bestellgeld wird von den Zeitungsträgern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf.

Amtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Kriegerstr. 11, Fernruf Nr. 5215, 5216, 5217. — Anzeigenpreis: Die 42 mm breite Kolonnenzeile 60 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 2.-M.; außerhalb: 75 Pf. bzw. 4.-M., Ausland 2.- bzw. 6.- M. Rabatt lt. Tarif. Sonderbeleg 15 Pf. pro 1000.

Nummer 264

Mittwoch, 9. Juni 1920.

74. Jahrgang

### Völliger Zusammenbruch der Regierungskoalition.

#### Amtliches Ergebnis der Reichstagswahl.

Die Wolffs Bureau von zuständiger Stelle erfährt, sind bei den Wahlen zum Reichstag nach den vorläufigen amtlichen Meldungen, die beim Reichswahlleiter eingelaufen sind insgesamt 25 719 067 Stimmen abgegeben worden. Davon entfallen auf die Sozialdemokraten 5 581 157, die Unabhängigen 4 500 802, die Deutsch-nationale Volkspartei 3 638 851, die Deutsche Volkspartei 3 456 131, das Zentrum 3 500 800, die Deutschen Demokraten 2 152 509, die christlich-sozialistische Liste (Bayrische Volkspartei und christliche Volkspartei) 1 254 063, die Kommunistische Partei 438 190, die Deutsch-hannoversche Partei 318 104 Stimmen. Unter Hinzurechnung der Reststimmen für die Reichswahlkreise und der Abgeordneten aus den Abrechnungsgebieten ergibt sich, daß der neue Reichstag insgesamt 460 Abgeordnete zählen wird. Die Mandatsverteilung ergibt mit dieser Zurechnung folgendes Bild:

Sozialdemokratische Partei	110
Zentrum	67
Demokraten	45
Christlich-Sozialisten	21
Deutsch-nationale Volkspartei	65
Deutsche Volkspartei	61
unabhäng. Sozialdemokratie	80
Kommunisten	2
Bayrischer Bauernbund	4
Deutsch-Hannoveraner	5

Das Ergebnis der Reichstagswahl ist also der völlige Zusammenbruch der Koalition der bisherigen Regierungsparteien (Mehrheitssozialisten, Demokratie und Zentrum), die nur 22 Mandate erhalten hat, gegenüber 288 Mandaten der übrigen Parteien (Deutsche Volkspartei, Deutsch-nationale, Bayerischer Block und bayr. Bauernbund, Welfen, Unabhängige und Kommunisten). In einem demokratischen Staate, in dem die Regierung auf das parlamentarische System aufbaut wird, ist also die bisherige Koalitionsregierung nicht mehr möglich, sie ist erledigt. Das Volksgewissen hat gesprochen. Da aber keine Partei in der Lage ist, aus sich heraus eine Regierung zu bilden, muß eine neue Koalition gesucht werden. Dem Reichspräsidenten fällt die Aufgabe zu, die Mehrheitssozialdemokratie als die stärkste Partei mit der Bildung einer neuen Regierung zu beauftragen. Diese Regierungsbildung ist eine schwere Aufgabe, da die Sozialdemokratie die Unabhängigen, als zweitstärkste Partei mit 80 Mandaten, nicht übergeben kann. Das Zentrum hat aber bisher keine Generalität gezeigt, mit den radikalen Sozialisten in einer Regierung zu sitzen; und ob die Demokraten Lust und Mut haben werden, die Sozialisierungsbestrebungen der Unabhängigen mit ihrer Verantwortung zu decken, dürfte doch sehr fraglich sein, wenn sie die Gründe richtig einschätzen, die zum Zusammenbruch ihrer Partei geführt haben. Die Sozialisten beider Schattierungen nebst den Kommunisten bringen insgesamt 192 Sitze auf, während die sämtlichen bürgerlichen Parteien zusammengenommen 268 Mandate besitzen. Das bedeutet eine bürgerliche Mehrheit von 76 Reichstagsabgeordneten gegenüber einer sozialistisch-kommunistischen Koalition. Eine solche Mehrheit ist für eine Regierung zweifellos tragfähig, wenn nur die bürgerlichen Parteien sich auf das Bestimmen wollen, was heute not tut, was sie einen müßte, und wenn sie die kleineren Parteiziele dem einen großen allgemeinen deutschen Ziele: Vorwärts, aufwärts! opfern würden. Wir brauchen einen bürgerlichen Rüstbund, einen ehrlich beschworenen und ernsthaften Bürgfrieden, dann könnte gegen den verderblichen Sozialismus regiert werden. Bei der demokratischen Partei liegt die Verantwortung. Sie bildet das Bindeglied an der Spitze der Regierungsbildung und wird daher in diesen Tagen heiß umworben werden. Möge sie dessen eingedenk sein, was sie vom Sozialismus und Kommunismus trennt, möge sie ihre nationale Verantwortung erkennen, und möge sie klug sein! Sollte sie sich zu einer etwaigen Koalition mit den beiden sozialistischen Gruppen und den Kommunisten bewegen lassen, so würde sie auch nur eine Mehrheit von 237 gegen 223 der Bürgerlichen, also ein Plus von 14 Stimmen, zustande bringen; damit kann keine Koalition regieren; der Zufälle und Frölichkeiten bei Augenblicksstimmungen und Abstimmungen gibt es zu viele. Die demokratische Partei würde Selbstmord begehen, und von der Sozialdemokratie wäre es mindestens leichtsinnig, auf diese schwankende Brücke zu treten.

Aber freilich — was soll die Letztere tun? Von einer Vereinigung mit den Unabhängigen absehen und eine bürgerliche Koalition suchen? Die drei ersten bürgerlichen Parteien sind fast gleich stark: Zentrum 67, Deutsch-nationale 65, Deutsche Volkspartei 61. Ohne Zuhilfenahme von mindestens zwei bürgerlichen Parteien, von denen die eine immer das Zentrum (eingeschlossen das bayrische) sein müßte, wäre eine zuverlässige Regierungsbildung nicht möglich. In einer solchen Regierung wären auf Grund des Stärkeverhältnisses der etwaigen Koalitionsparteien die Sozialdemokraten aber unter allen Umständen in der Minderheit. Und ob die Sozialdemokratie geneigt wäre, von ihrem Herrschaftsbereich herabzufinken, um als bürgerlicher Anhängel zu dienen, das ist eine Frage, die wir einst-

weilen nicht mit Ja zu beantworten wagen. Ihre Anhänger würden dann in Scharen davonlaufen und die Unabhängigen verhärteten.

Man sieht, alle Kombinationen der Regierungsbildung mit den Sozialdemokraten stoßen auf Schwierigkeiten. Es gibt überhaupt nur zwei Kombinationen, die wenigstens eine gewisse Möglichkeit zu positiver Arbeit geben: 1. den bürgerlichen Bürgfrieden und eine rein bürgerliche Regierung (Mehrheit 76) und 2. eine sozialistisch-kommunistische Regierung mit Hinzuziehung der Demokraten (Mehrheit aber nur 14). Die dritte Kombination einer sozialistisch-bürgerlichen Koalition wäre beim Überwiegen des bürgerlichen Elements einer bürgerlichen Regierung fast gleich zu erachten. Welchen Weg die Parteien gehen werden, ist unter diesen Umständen völlig unklar. Nur eins ist sicher: jede Regierung wird von vornherein mit großen Schwierigkeiten zu rechnen haben, da ihr unter allen Umständen eine sehr starke Minorität gegenübersteht wird.

### Demokraten mit Unabhängigen in Braunschweig.

Braunschweig, 8. Juni. Heute Nachmittag ist der neugewählte braunschweigische Landtag zusammengetreten, um zur Wahl des Präsidenten zu schreiten. Wie die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ melden, gingen nach dem Vorgange in Gotha auch im braunschweigischen Landtag die Unabhängigen, die Mehrheitssozialisten und die Demokraten zusammen und wählten mit 35 Stimmen gegen 22 des Bundeswahlverbundes, in welchem die rechtsstehenden Parteien vereinigt sind, den Unabhängigen Besenmeier zum Präsidenten des Landtags. Die am Mittwoch stattfindende Regierungsbildung wird sich voraussichtlich auf der gleichen Grundlage abspielen.

### Mandatsverteilung des neuen bayerischen Landtags.

München, 9. Juni. Vorläuf. Ergebnis der bayr. Landtagswahlen. Die Mandate verteilen sich auf den kommenden Landtag wie folgt: Mehrheitssozialisten 19, Unabhängige 16, Kommunisten 1, Bayr. Volkspartei (Str.) 64, Deutsche Volkspartei und Deutsch-Nationale Volkspartei zusammen 17, Bayr. Bauernbund 10, Demokraten 8. Außerdem sind 15 Sitze auf Grund der Restsitze und 15 Landesitze auf die Parteien zu verteilen. Die sozialistischen Parteien vereinigen demnach auf sich 36, die bürgerlichen zusammen 99, ohne die vorerwähnten 30.

### Amtliches Wahlergebnis in Hessen-Nassau.

Deutsche Volkspartei	189185
(1919 83 000)	
Deutsch-nationale Volkspartei	171 088
(1919 110 370)	
Zentrum	180 111
(1919 187 579)	
Deutsche demokratische Partei	111 984
(1919 200 132)	
Sozialdemokratische Partei	297 883
(1919 463 113)	
Unabhängige	138 937
(1919 42 980)	

Gewählt sind also:

- Deutsche Volkspartei: Geh. Justizrat Dr. Nieker, Landwirt Karl Hepp, Seelbach, Hofmollsdorf, Theod. Seibert, Frankfurt a. M.
- Deutschn. Volkspartei: Staatsm. a. D. Dr. Helfferich, Landwirt Lind, Niederflüßeln, Mittelschullehrer Schwarz, Frankfurt a. M.
- Zentrum: Landwirt Herbert, Irkenbach, Kreis Fulda, Gewerkschaftssekretär Döner, Altenkirchen im Westerwald.
- Demokratische Partei: Prof. Waldschilling, Marburg.
- Mehrheitssozialisten: Philipp Scheidemann, Johanna Tesch, Frankfurt a. M., Arbeitersekret. Kasser, Frankf. a. M., Landrat Thöne, Widenhausen.
- Unabhängige: Robert Dikmann, Frankf. a. M., Toni Sender, Frankfurt a. M.

Wahrscheinlich erhalten Deutsch-nationale, Demokraten und Mehrheitssozialdemokraten in Hessen-Nassau je noch einen Sitz mehr, weil alle drei Parteien hohe Reststimmen haben.

### Anfechtung der Wahl in Hessen-Nassau?

Dem „Berl. Vol.-Anz.“ wird aus Kassel berichtet, daß das Ergebnis der Reichstagswahlen im Wahlkreis Hessen-Nassau wegen zahlreicher formaler Verstöße sowie wegen angeblicher geschwinderiger Beeinflussung angefochten werden würde.

### Fünzig Milliarden Banknoten.

Der Notenumlauf bei der Reichsbank hat die fünfzig Milliarden überschritten — das ist ein Ereignis von weittragenderer Bedeutung als alles Andere, nur fehlt den Massen das Verständnis für die Wichtigkeit dieser Notizen! Und zwar bezieht sich die Zahl von 50 Milliarden (gegen einen Umlauf von 35 Milliarden bei Jahresbeginn) nur auf die reinen Banknoten; dazu kommt noch der selbige Darlehensklassenschein mit seinem Zirkulationsdruck von 13½ Milliarden. Wie und wo soll das eine Befreiung einsehen, bezw. der Glaube an Gesundung sich durchsetzen können?

In der letzten Maiwoche hat der Notenumlauf um 880 Millionen Mark zugenommen; allerdings war in der gleichen Periode 1919 ein noch stärkeres Anwachsen der papierernen Wertzeichen (um 963 Millionen) erfolgt, aber doch nur mit dem Ergebnis einer Steigerung auf 28 Milliarden, während wir heute bei 50 Milliarden angelangt sind. Diese nackte Tatsache lenkt die Aufmerksamkeit von dem im Verhältnis kleinen Tageschwankungen des Marktkurses zurück auf das übertragende Problem, auf die Notwendigkeit, Marktwert und Notenumlauf wieder naturgemäß in ein näheres Verhältnis zurückzubringen. Denn auf die Dauer ist an eine Besserung des Kurses für unsere Mark bei fortgesetzter Vermehrung ihrer „Stückzahl“ nicht zu denken; weis doch auch der nichtfachmännlich geschulte Beobachter, daß eine Ware, die in immer zunehmendem Maße auf den Markt geworfen wird, unmöglich im Preise steigen kann.

Das Ausland hat die Ueberföhrung der 50. Milliarde im Umlauf der Marknoten erfahren, ohne unmittelbare Schlüsse daraus zu ziehen. Der Markwert wurde nicht beeinflusst, und auch am 8. Juni hielt sich die Notierung in Zürich und in Amsterdam ziemlich unverändert auf 13,00 beziehungsweise 6,85. Weil aber auf die Dauer der deutsche Wiederanbau im Zeichen eines Markwertes von 11½ Pennig nicht möglich erscheint und weil andererseits die Bankrottwirtschaft, das unaufförliche Drucken neuer Banknoten mit einem besseren Markkurs unvereinbar, muß die Forderung des Tages lauten: Erste Pflicht des neuen nicht möglich erscheint und weil andererseits die Pan-überschwemmung.

### Amerika als Gläubiger.

Paris, 8. Juni. Nach einer Gavaumeldung aus Washington teilt das Kriegsdepartement mit, daß die Vereinigten Staaten an England bezahlt haben 112 907 000 Dollars und an die anderen alliierten Staaten 893 716 000, von denen Frankreich 748 302 000 schuldet. Durch Verkauf von Kriegsmaterial im Ausland habe Amerika erzielt 822 923 000 Dollars.

### England und Sowjetrußland.

Amsterdam, 9. Juni. Die „Times“ erfährt, daß die englische Regierung im Begriff ist, ein Protokoll mit Rußland abzuschließen. Die Franzosen widersetzten sich dieser Absicht, da dies die Anerkennung der Sowjet-Regierung bedeuten würde.

Lloyd George führte im Unterhause aus: Die Alliierten sind sich darüber klar, daß die Welt einer Periode der Knappheit entgegenseht. Sie halten es für nötig, die Beziehungen zu einem Lande wieder herzustellen, das früher 25 Prozent der Lebensmittel Europas auszuführen hat. Zweifellos sind Holz, Flachs und Rußholz in Rußland vorhanden.

### Der Generalfreier in Holland.

Amsterdam, 9. Juni. Der Aufruf zum allgemeinen vierundzwanzigstündigen Proteststreik gegen den infolge der revolutionären Umtriebe eingebrachten Gesetzesentwurf ist in den großen holländischen Städten nur teilweise befolgt worden. Die Straßenbahnen verkehren normal. Die Angestellten in den staatlichen und gemeindlichen Betrieben feiern nicht. In den Druckereien und in den Bäckereien sowie in der Möbelindustrie herrscht Teufelskreis. Volkstommen wird gestreikt im Baugewerbe und im Transportgewerbe. Die Zeitungen erscheinen in normaler Weise.

### Freigabe der Gemüseeinfuhr.

Amtlich wird bestätigt, daß die Einfuhr von Gemüse und frischem Obst, mit Ausnahme von Kürbis, freigegeben worden ist.

### Rückgang der Erwerbslosigkeit.

Wie das Reichsarbeitsministerium mitteilt, weiß die Gesamtzahl der unterrichteten Erwerbslosen auch am 15. Mai d. J. noch einen bemerkenswerten Rückgang auf. Während am 15. April 244 894 männliche und 66 493 weibliche Erwerbslose unterrichtet worden sind, betragen die entsprechenden Ziffern am 15. Mai 210 670 und 50 745. Die Gesamtzahl der unterrichteten Erwerbslosen betrug also am 15. Mai rund 270 000 gegen rund 310 000 am 10. April. Zu ihnen tritt an unterrichteten Familienangehörigen die Zahl von 256 910 gegen rund 300 000 am 15. April. In diesen Ziffern kommt somit die ungünstige Wendung, die sich unterdessen auf dem Arbeitsmarkt vollzogen hat, noch nicht zum Ausdruck.

